

AKTUELL

REPRESSION IN FRANKREICH

Plattmachen?

Raymond Klein

Die französische Regierung versucht, mit juristischen Prozeduren und polizeilicher Brutalität der Zivilgesellschaft zu Leibe zu rücken. Was das für die fortschrittlichen Kräfte im Nachbarland bedeutet – und in Luxemburg.

Brutale Niederschlagung von Demos, Einschüchterung von Journalist*innen, Auflösung von NGOs, Massenverhaftungen – nein, wir reden nicht von Belarus, der Türkei oder Tunesien. Im „Heimatland der Menschenrechte“, als das sich Frankreich gerne selber darstellt, ist die Regierung dabei, die Prinzipien liberaler Politik über Bord zu werfen. Die jüngsten Ereignisse werden die Lage weiter verschärfen: Am 21. Juni wurde das Kollektiv „Les soulèvements de la terre“ („Die Erhebungen der Erde“) vom französischen Innenminister aufgelöst, am Morgen des 27. wurde der 17-jährige Nahel M. bei einer Polizeikontrolle aus nächster Nähe erschossen. Letzteres zeigt, wie stark die Ordnungskräfte von einer Kriegslogik geprägt sind; das Vorgehen gegen das Kollektiv „Soulèvements“ steht für eine politische Konfrontationsstrategie.

Gegründet wurde „Soulèvements“ im Januar 2021 bei einem Treffen in Notre-Dame-des-Landes, wo die Umweltbewegung mit einer Besetzung und langen Auseinandersetzungen von 2009 bis 2018 den Bau eines Flughafens verhinderte. Der Appell „Wir sind die Erhebungen der Erde“, schwungvoll geschrieben, ruft zur Einheit im Kampf gegen Landraub und „Betonierung“ auf. Das Kollektiv, das ohne zentrale Strukturen funktioniert, bekennt sich zu einer Art aktivem zivilen Ungehorsam, der Sachbeschädigungen, nicht aber Gewalt gegen Personen einschließt. Die Auflösung wurde hingegen zum Teil mit den Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften begründet – die eher das Ergebnis konfrontativer Polizeioperationen als eine erwünschte Aktionsform darstellen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Untätigkeit der Institutionen steht „Soulèvements“ für radikale Aktionen statt langer Pressekommunikés zu Klimakonferenzen – ähnlich der „Letzten Generation“ (woxx 1741). Anders aber als in Deutschland haben viele Aktionen einen lokalen Charakter, zum Beispiel der Widerstand gegen die „mégabassines“ (Wasserspeicherbecken) in Sainte-Soline oder die transalpine TGV-Linie Lyon-Turin. Der französische Staat seinerseits greift härter durch, zum Beispiel wenn er bei Hausdurchsuchungen und Verhaftungen Antiterror-Kommandos einsetzt.

Wie der Staat mit juristischen Prozeduren und polizeilicher Brutalität die Meinungs- und Versammlungsfreiheit

aushöhlt, kündigte sich bereits während der Proteste der Gilets jaunes an, aber auch beim Vorgehen gegen die Flüchtlingshelfer*innen oder die Anti-Atom-Bewegung in Bure (woxx 1712). Richtig aufgedreht hat die Regierung Emmanuel Macrons dann während der Proteste gegen die Rentenreform, als sie mit Polizeigewalt und willkürlichen Verhaftungen die Stimmung weiter anheizte – das gleiche Rezept wird jetzt auch gegen die Umweltbewegung benutzt. Allerdings hat die Auflösung des Kollektivs „Soulèvements“ zu einer Solidarisierung geführt, die weit in die Mitte des politischen Spektrums reicht und Intellektuelle wie die Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Annie Ernaux umfasst. Umgekehrt wurde bei den Demos gegen die Auflösung am 28. Juni auch „Gerechtigkeit für Nahel“ gefordert. Die von linken Theoretiker*innen befürwortete „convergence des luttes“ wird gewissermaßen durch die breite staatliche Repression begünstigt. Eine Repression, die auch von internationalen Instanzen wie dem Europarat und der Uno wiederholt kritisiert wurde.

Macron an Frieden: Polarisiere!

„Man kann eine Erhebung nicht einfach auflösen“, lautet einer der Slogans der „Soulèvements“. In der Tat ist die Auflösung juristisch nicht wasserdicht, wird neue Bewegungen und Aktionen nicht verhindern und könnte sich als politisch kontraproduktiv erweisen. Andererseits kann eine weitere Polarisation auch als Rechtfertigung für den Ausbau staatlicher Kontrolle und Repression dienen – mit Signalwirkung über die Grenzen Frankreichs hinaus.

Für den 27. Juni hatten „Rise for Climate“, CELL und andere NGOs zu einer Solidaritätskundgebung vor der Chamber aufgerufen. Im Communiqué geht es um die Kämpfe der „Soulèvements“ und der Zapatistas in Mexico gegen die Agrarindustrie. Die Forderung lautet, sich gegen die Kriminalisierung des Umweltschutzes auszusprechen, und ist an die Chamber gerichtet, an die jetzige und an die im Herbst zu wählende. Interessanterweise könnte gerade das Gegenteil bei den Legislativwahlen herauskommen: eine Regierung unter Premierminister Luc Frieden, die es darauf anlegt, die zivilgesellschaftliche Opposition zu kriminalisieren. Gewiss, Friedens-Vorstöße in diese Richtung, wie die Lex Greenpeace, verliefen in den 2000er-Jahren im Sande – doch mittlerweile liefert die zentristische Regierung im „Heimatland der Menschenrechte“ eine Legitimation der Unterdrückung für Rechte in ganz Europa.

SHORT NEWS

Méco: Kühler Kopf gegen heiße Nadel

(lm) – Die Temperaturen erreichen 30 Grad und prompt wartet das Gesundheitsministerium mit einem Hitzeschutzplan auf. Möglich auch, dass ein solcher Plan vergessen wurde und die Hitzewelle Mitte Juni als Weckruf gewirkt hat. Doch selbst wenn er mit heißer Nadel gestrickt ist und etwas spät kommt, es gibt einen Plan. Zufrieden? „Es reicht nicht aus, die steigenden Temperaturen ‚medizinisch‘ zu verwalten“, tadelt der Mouvement écologique in einer Reaktion auf den Plan. Diesmal legt die Umwelt-NGO den Akzent nicht, wie man vielleicht erwartet hätte, auf die Bekämpfung des Klimawandels an seiner Wurzel, also beim Ausstoß von Treibhausgasen. Die vom Méco geforderte präventive Herangehensweise heißt eben auch, dass „Maßnahmen zur Klimaanpassung aus gesundheitlicher Sicht geboten [sind]“. Der Plan enthalte „gezielte Angebote für den Umgang mit diesen Temperaturen vor allem für ältere Einwohner*innen“, darüber hinaus müsse man aber „offensiver als bisher dafür sorgen, (...) die Ortschaften für alle abzukühlen“. An konkreten Maßnahmen erwähnt der Méco die Durchgrünung, die Pflanzung von Bäumen, die Anlage von Kaltluftschneisen, aber auch die Begrünung von Dächern und Fassaden. Die direkte Verantwortung dafür liege zwar bei Innen- und Umweltministerium, doch wie bei der Pestizidproblematik dürfe sich das Gesundheitsministerium nicht damit begnügen, die Folgen von Klimawandel und Umweltbelastung zu verwalten. Um Gesundheitsprobleme zu verhindern statt zu behandeln, müsse das Ministerium eine „aktive Rolle“ in interministeriellen Strukturen übernehmen.

Rundtischgespräch: Wie queer ist Luxemburg?

(woxx) – In Luxemburg sind Gesetze zum Schutz und der Gleichstellung von LGBTIQA+-Menschen in Kraft; zum Pride-Monat hissen viele öffentliche Institutionen und Rathäuser die Regenbogenfahne und solidarisieren sich mit queeren Personen. Ist das Großherzogtum also ein Eldorado für LGBTIQA+-Menschen? Ein Blick auf die „Rainbow Map“ der NGO Ilga-Europe und auf politische Dossiers in der Schwebe beweisen das Gegenteil, denn immer noch erfahren nicht-binäre, intersex und trans Menschen in Luxemburg strukturelle Gewalt, genauso wie gleichgeschlechtliche Eltern. Das Rainbow Center, ein kürzlich gegründetes queeres Kulturzentrum in Luxemburg-Stadt, lädt deshalb zum Rundtischgespräch „Létzebuerg, en Eldorado fir LGBTIQA+Mënschen?“ in seine Räumlichkeiten (19, rue du St Esprit) ein. Am Donnerstag, dem 6. Juli, erörtern dort Sandy Artuso (Queer Little Lies), Charlie Thines (Privatperson) und Tania Whitehouse (Rosa Létzebuerg), wie queerfreundlich Luxemburg tatsächlich ist. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr, die Moderation übernimmt Isabel Spigarelli (woxx). Die Diskussion ist auf Luxemburgisch, eine Simultanübersetzung auf Französisch oder Englisch ist möglich.

EU-Renaturierungsgesetz auf der Kippe

(ja) – Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat das EU-Renaturierungsgesetz in einer Abstimmung am vergangenen Dienstag abgelehnt. Mit 44 zu 44 Stimmen ging das Votum denkbar knapp aus, doch die Stimmgleichheit bedeutet in diesem Fall eine Ablehnung des Textes. Doch das Schicksal des Renaturierungsgesetzes ist dadurch noch nicht besiegt: Im Juli wird das Plenum des Parlaments noch einmal über einen Ablehnungsantrag abstimmen. Die Luxemburger Europaabgeordnete Tilly Metz (DÉI Gréng) bedauerte in einer Pressemitteilung das Votum. Sie gab sich besorgt über die Zukunft des „Green Deals“: Die Entscheidung sei eine Absage an Klima- und Naturschutz, widerspreche den Interessen der Wirtschaft und gefährde die langfristige Ernährungssicherheit. Auch die beiden Luxemburger Umwelt-NGOs Mouvement écologique und Natur & Èmwelt bedauerten das Abstimmungsergebnis. In ihrer gemeinsamen Pressemitteilung kritisieren sie besonders den CSV-Europaabgeordneten Christophe Hansen, der sich bei der Abstimmung vertreten ließ. Seine Fraktion stimmte gegen das Renaturierungsgesetz. Die Umweltorganisationen fordern die Luxemburger Abgeordneten dazu auf, im Plenum für das Gesetz zu stimmen. Das soll dafür sorgen, dass mehr Ökosysteme wiederhergestellt werden.